



BNW

Bundesverband
Nachhaltige
Wirtschaft e.V.



Grundsatzpapier

Vorwort

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.) ist seit 1992 die politische Stimme für eine nachhaltige Wirtschaft. Der unabhängige Unternehmensverband setzt sich für Umwelt- und Klimaschutz ein und ist als gemeinnützig anerkannt. Der Verband und seine Mitgliedsunternehmen zeigen branchenübergreifend: Wirtschaft, Soziales und Ökologie gehören zusammen.

Eine nachhaltige Wirtschaft ist nicht nur möglich, sondern unabdingbar für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie ist zugleich Garant für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg und Innovationskraft.

Mit diesem Grundsatzpapier skizzieren wir Rahmenbedingungen für eine Wirtschaft, die innerhalb der planetaren Grenzen agiert, soziale Gerechtigkeit fördert und zugleich wettbewerbsfähig ist. Wir zeigen auf, wie der notwendige Transformationsprozess gestaltet werden kann und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind.

Unser Ziel ist es, bis 2045 eine emissionsfreie, ressourcenschonende und sozial gerechte Wirtschaft zu erreichen. Unsere Mitgliedsunternehmen, mit ihrer Innovationskraft und ihrem Engagement, zeigen bereits heute, dass nachhaltiges Wirtschaften erfolgreich ist. Gleichzeitig brauchen wir eine mutige Politik, die durch Rahmenbedingungen allen Unternehmen den Weg in Richtung sozial-ökologischer Transformation ebnet. Für die Erreichung dieses Ziels benötigen wir Rahmenbedingungen für nachhaltiges und zirkuläres Wirtschaften. Schlüsselbereiche sind dabei der Energiesektor, der Verkehrs- und Bausektor, die Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Arbeits- und Finanzmarkt. Zudem müssen günstige Bedingungen für soziale Innovationen, nachhaltige Gründungen und Start-Ups geschaffen werden.

Wir sind überzeugt: Gemeinsam können wir den Wandel gestalten. Dieses Grundsatzpapier ist unser Kompass für den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Es richtet sich an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen und lädt ein zum Dialog und zur Zusammenarbeit.

Unsere Vision: Mit Herz und Verstand, Kompetenz und Glaubwürdigkeit sind wir Taktgeberin in Öffentlichkeit und Politik für die ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft. Unsere Mitglieder treiben durch Pioniergeist, Vielfalt und lebendigen Austausch Lösungen und Konzepte für eine zukunftsorientierte Wirtschaft voran.

Unsere Mission: Als attraktives Netzwerk aus Unternehmen, die die ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft vorantreiben, geben wir Inspiration, Austausch und Zusammenhalt unserem übergeordneten Ziel - dem Umwelt- und Klimaschutz - eine starke und respektierte politische Stimme. Darüber und über unsere operativen Projekte wirken wir aktiv an der Transformation mit.

Ihr BNW-Vorstand und das Team der Geschäftsstelle

Unsere Themen

1. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften.....	1
2. Zirkuläres Wirtschaften stärken	4
3. Energiesystem erneuerbar gestalten	6
4. Land- und Ernährungswirtschaft für die Zukunft aufstellen	8
5. Rahmen für emissionsfreie Mobilität schaffen	11
6. Globales Finanzsystem nachhaltig ausrichten.....	13
7. Arbeitsmarkt zukunftsfähig gestalten	15

Im Folgenden finden Sie unsere grundsätzlichen Forderungen zu verschiedenen Themen. Ausführlichere Positionen finden Sie auf unserer [Politikseite](#).

1. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften

Im Überblick

- Umsetzung und kontinuierliche Erhöhung eines sektorübergreifenden CO₂-Preises
- Einführung des Klimagelds
- Überarbeitung des Steuersystems mit stärkerer Ausrichtung auf Nachhaltigkeit
- Abbau von klimaschädlichen Subventionen
- Einführung eines sozial-ökologischen Jahresberichts
- Ambitioniertes Lieferkettengesetz auf europäischer und deutscher Ebene
- Verpflichtende Berücksichtigung und stärkere Priorisierung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- Transparente und klare Standards für die Nutzung von umweltbezogenen Aussagen

Damit ein Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen und unter Achtung der Menschenrechte gelingt, braucht es die sozial-ökologische Transformation aller Unternehmen. Diese sind auf funktionierende Marktsignale angewiesen. Im aktuellen Wirtschaftssystem sind klassisch wirtschaftende Unternehmen, die soziale und ökologische Kosten zu Lasten von Umwelt und Gesellschaft ignorieren, noch immer bessergestellt. Nachhaltige Unternehmen preisen diese Kosten heute bereits zu einem Großteil freiwillig ein und wirtschaften damit unter unfairen Wettbewerbsbedingungen. Ein modernes Wirtschaftssystem muss soziale und ökologische Kosten in Produkten und Dienstleistungen abbilden.

Unsere Forderungen:

Ambitionierte CO₂-Bepreisung und Einführung eines Klimageldes

CO₂-Bepreisung ist eines der Schlüsselinstrumente zur Transformation der Wirtschaft und echter Reduktion von Emissionen. Durch eine effektive Bepreisung von CO₂-Emissionen verteuern sich CO₂-intensive Geschäftsmodelle. Der Anreiz steigt, in emissionsarme Lösungen zu investieren. Klimaschonendes Wirtschaften wird attraktiver. **Um die Wirtschaftstransformation flächendeckend anzustoßen, braucht es deshalb die kontinuierliche Umsetzung und Erhöhung eines sektorübergreifenden CO₂-Preises.** Der BNW spricht sich für eine nahtlose Harmonisierung zwischen dem nationalen und europäischen Bepreisungssystem aus. Der Emissionshandel muss alle relevanten Sektoren einschließen. Es muss sichergestellt werden, dass der CO₂-Preis nicht unter ein Mindestniveau fällt und langfristig erhöht wird.

Das Klimageld muss schnellstmöglich eingeführt werden. Nur so gelingen gesellschaftliche Akzeptanz und die Abfederung sozialer Härten. Linear zum steigenden CO₂-Preis braucht es eine sukzessive Erhöhung des Klimageldes.

Abbau klimaschädlicher Subventionen und Ausrichtung des Haushalts auf Nachhaltigkeit

Die heutige Steuer- und Abgabepolitik benachteiligt in vielen Bereichen Unternehmen, die energie- und ressourceneffizient wirtschaften, auf erneuerbare Energien setzen, Umweltinnovationen voranbringen oder durch extensive Produktion einen höheren Bedarf an

Arbeitskräften haben. **Es bedarf deshalb einer Überarbeitung des Steuersystems hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf Nachhaltigkeit.**

Es müssen die Weichen für eine zukunftsfähige und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik gestellt werden. Kontraproduktive Anreize finden sich im Energie-, Verkehrs-, Industrie- und Agrarsektor. **Durch die Streichung von klimaschädlichen Subventionen werden neue Haushaltsspielräume geschaffen.** Diese müssen für zukunftsfähige Wirtschaftsanreize genutzt werden. Eine Reform der Schuldenbremse kann diese Maßnahme sinnvoll ergänzen.

Verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards für Unternehmen

Der Wohlstand von Volkswirtschaften und Unternehmenserfolg müssen künftig anders bemessen werden. **Ein wichtiger Schritt dorthin ist, dass Unternehmen nicht mehr nur einen finanziellen, sondern auch einen sozial-ökologischen Jahresbericht erstellen.** Durch eine transparente Berichterstattung wächst das Bewusstsein über den Einfluss des unternehmerischen Handelns. Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) setzen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung in Unternehmen. Es braucht verbindliche und ambitionierte Berichtsvorgaben. Die Berichtspflicht sollte nicht von der Unternehmensgröße abhängig gemacht werden, sondern von den Auswirkungen der Branche auf Mensch und Umwelt.

Ambitioniertes Lieferkettengesetz auf nationaler und europäischer Ebene

Unternehmen müssen dafür haften, wenn sie ihren Sorgfaltspflichten nicht nachkommen und deshalb Menschenrechte verletzt werden oder die Umwelt geschädigt wird. Es braucht eine Ausweitung des Geltungsbereichs des Gesetzes: Auch KMU aus Risikobereichen, die mit ihren Geschäftstätigkeiten gravierende Auswirkungen auf sensible Naturräume haben, sollten in die Gesetzesregelungen einbezogen werden. Nach einem risikobasierten Ansatz sollte die Gesetzgebung für alle direkten und indirekten Geschäftsbeziehungen gelten. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Vorschriften für kleine und mittlere Unternehmen umsetzbar bleiben.

Umsetzung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung

Mit einem Einkaufs- und Vergabevolumen von etwa 500 Mrd. Euro pro Jahr hat der Bund eine zentrale Marktmacht und einen erheblichen Einfluss auf die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. EU- und Bundespolitik haben sich deshalb zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bekannt. **Der BNW fordert die verpflichtende Berücksichtigung und stärkere Priorisierung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf allen Verwaltungsebenen.**

Standards zur Nutzung von umweltbezogenen Aussagen

Durch vage, unfundierte oder unwahre Werbeaussagen suggerieren manche Unternehmen Nachhaltigkeitsleistungen, die einer unabhängigen Prüfung nicht standhalten würden. Es braucht Instrumente, um gegen Greenwashing vorzugehen. **Der Verband fordert auch für die Nutzung von umweltbezogenen Aussagen transparente und klare Standards.** Transparenzvorschriften für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen proportional und umsetzbar gestaltet werden.

Nachhaltige Gestaltung des Kartellrechts

Nachhaltigkeit muss eine größere Rolle in der Aufsicht von Märkten für Produkte, Infrastruktur und Dienstleistungen spielen. **Nationale und europäische Kartellaufsichtsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, Nachhaltigkeitsthemen stärker in den Fokus zu nehmen.** Es braucht eine „verallgemeinerte Verbraucherwohlfahrt“, die ebenfalls die ökologischen und sozialen Auswirkungen berücksichtigt. Fair organisierte Märkte müssen grobe Ungleichgewichte zwischen nachhaltigen und klassisch wirtschaftenden Marktteilnehmern verhindern.

2. Zirkuläres Wirtschaften stärken

Im Überblick

- Abschaffung kontraproduktiver Subventionen
- Ambitionierte Vorgaben für zirkuläres Produktdesign und Weiterentwicklung von Systemen der Herstellerverantwortung auf EU-Ebene
- Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Einführung ökonomischer Anreize für zirkuläre Geschäftsmodelle
- Abbau von regulatorischen Hindernissen und Einführung ökonomischer Anreize für den Einsatz von Sekundärrohstoffen und zirkulären Materialien
- Verpflichtende Berücksichtigung und Priorisierung von Nachhaltigkeits- und Kreislaufwirtschaftsaspekten bei Vergabeprozessen
- Einführung von Unterstützungsangeboten für Unternehmen, die Digitalisierung und Circular Economy verknüpfen

Bei konsequenter Umsetzung kann zirkuläres Wirtschaften die Abhängigkeit von Primärrohstoffen reduzieren, die Resilienz in den Wertschöpfungsketten stärken und neue Arbeitsplätze schaffen. In einer Circular Economy müssen sich Produkte und Dienstleistungen durchsetzen, die einen positiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Der Übergang zu einer Circular Economy erfordert neue rechtliche Rahmenbedingungen und Anreize, um private und staatliche Investitionen in zirkuläre Produktionsprozesse, Technologien, Materialien, Produkte und Geschäftsmodelle zu lenken.

Unsere Forderungen:

Die Transformation zu einer Circular Economy wird nur gelingen, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen dies wirtschaftlich attraktiv machen. **Um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, müssen kontraproduktive Subventionen beendet werden.** Dazu zählt die Abschaffung des Energiesteuerprivilegs für petrochemische Produkte und die Umlage der europäischen Plastikabgabe auf die Hersteller.

Ein Großteil der Umweltauswirkungen wird im (Produkt-)Design bestimmt. **Der BNW fordert ambitionierte Vorgaben für das zirkuläre Design von Produkten. Die Umsetzung und Weiterentwicklung von Systemen der Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility) auf EU-Ebene ist notwendig, um Anreize für zirkuläres Produktdesign und zirkuläre Geschäftsmodelle zu schaffen.**

Eine Circular Economy erfordert (neue) zirkuläre Geschäftsmodelle, die sich an den R-Strategien orientieren. Zirkuläre Geschäftsmodelle können erheblich zu Ressourcenschonung und Förderung der Kreislaufwirtschaft beitragen, weil sie Kreisläufe ermöglichen, schaffen, verlängern oder schließen. **Um sich flächendeckend durchsetzen zu können, sind veränderte rechtliche Rahmenbedingungen und ökonomische Anreize für zirkuläre Geschäftsmodelle notwendig.**

Es braucht Maßnahmen und Anreize, die Potenziale für innovative, zirkuläre Materialien heben und den Einsatz von Sekundärrohstoffen wirtschaftlich attraktiver machen. **Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von hochwertigen Sekundärrohstoffen und zirkulären Materialien müssen ökonomische Anreizsysteme eingeführt und regulatorische Hindernisse abgebaut werden.**

Zirkuläre Produkte und Dienstleistungen sollten aktiv durch die öffentliche Beschaffung gefördert werden. **Nachhaltigkeits- und Kreislaufwirtschaftsaspekte müssen bei Vergabeprozessen verpflichtend berücksichtigt und stärker priorisiert werden.**

Das Erheben, Bereitstellen und Verarbeiten von Daten ist für zirkuläres Wirtschaften zentral. Um die Nachverfolgbarkeit von Produkteigenschaften und Stoffströmen zu gewährleisten, muss deshalb innerbetrieblich und in den Wertschöpfungsketten die Digitalisierung vorangetrieben werden. **Unternehmen, vor allem KMU, brauchen dafür Unterstützungsangebote die auf die zirkuläre Transformation ausgerichtet sind und Digitalisierung und Circular Economy verknüpfen.**

3. Energiesystem erneuerbar gestalten

Im Überblick

- Abkehr von fossilen Kraftwerken und Kernenergie
- Beschleunigung des Ausbaus zu 100% Erneuerbaren Energien
- Steuer- und Abgabensystem, das die Versorgung mit und Produktion von Eigen-Ökostrom, sowie erneuerbarer Wärme begünstigt
- Keine ausufernden Industrierabatte auf Stromkosten der energieintensiven Branchen
- Umbau zu einer dezentralen und demokratischen Energieversorgung
- Ambitionierte rechtliche Vorgaben und gesetzliche Umsetzungspflichten hin zu mehr Energieeffizienz
- Kluger Einsatz von grünem Wasserstoff

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat viele Väter und Mütter – eine:r davon ist der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. Die Förderung erneuerbarer Energien war stets ein Kernanliegen des Verbandes – und ist bis heute zentral. Das EEG hat den notwendigen Beginn des Umbaus unseres Energiesystems ermöglicht und die regenerativen Energien konkurrenzfähig und erfolgreich gemacht. Mit Blick auf den Generationenvertrag und die globale Klimagerechtigkeit ist der Verzicht auf fossile Kraftwerke und Kernenergie alternativlos. Viele unserer Mitglieder sind Pionier:innen in der Nutzung erneuerbarer Energien oder der Umsetzung von alternativen und effizienten Stoff- und Energiesystemen in ihren Betrieben.

Unsere Forderungen:

Mit diesem Hintergrund hat unsere energiepolitische Agenda eine klare Richtung. Erneuerbare Energien leisten einen wesentlichen Beitrag, um unsere Klimaziele zu erreichen. **Für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem, das unsere Lebensgrundlage bewahrt, ist die Abkehr von fossilen Kraftwerken und Kernenergie unabdingbar. Der Ausbau zu 100% Erneuerbaren muss beschleunigt werden.** Entscheidend sind dafür verlässliche Rahmenbedingungen, die sowohl die systemische Transformation zu einem regenerativen Energiesystem als auch deren Finanzierung kurz-, mittel- und langfristig sicherstellen.

Die Nutzung erneuerbaren Energiekonzepten müssen sich lohnen. **Es braucht ein Steuer- und Abgabensystem, dass die Produktion von und Versorgung mit Eigen-Ökostrom sowie erneuerbarer Wärme gegenüber fossilen Energieträgern begünstigt.** Durch Anreizprogramme muss die Produktion, Umwandlung und Speicherung von erneuerbaren Energien sowie erneuerbarer Wärme gefördert werden.

Es darf keine ausufernden Industrierabatte auf Stromkosten der energieintensiven Branchen geben. Die Industrie profitiert von etlichen Ausnahmeregelungen bei Energie- und Strompreisen. Um Anreize für einen Umbau hin zu einer klimaneutralen Industrie zu schaffen und KMU keinem Wettbewerbsnachteil auszusetzen, braucht es deshalb eine konsequente Reformierung der Industrierabatte und deren stärkere Ausrichtung auf nachweisliche Klimaschutz-Leistungen.

Ein nachhaltiges Energiesystem gelingt vor allem über den Umbau hin zu einer dezentralen, kleinstrukturierten und demokratischen Energieversorgung. Akzeptanz, Wertschöpfung Innovation wird vor allem durch die Einbindung von Menschen und Organisationen vor Ort gelingen. Die Erfolgsprinzipien der deutschen sozialen Marktwirtschaft, nämlich eine vielfältige Akteurslandschaft, mittelständischer Fortschrittsgeist und fairer Wettbewerb für alle, sollten noch viel stärker auch in der Energieversorgung Einzug halten. Bürger:innen sowie kleine und mittelständische Unternehmen müssen daher als zentrale Akteure der Energiewende verstanden werden. Durch Instrumente wie Bürgerenergie und Energy Sharing müssen sie aktiv in Prozesse eingebunden werden.

Energieeffizienz schafft Energiesicherheit, spart Geld und wirkt sich positiv auf das Klima aus. **Um Einsparpotenziale zu nutzen, braucht es ambitionierte rechtliche Vorgaben und gesetzliche Umsetzungspflichten hin zu mehr Energieeffizienz.** Durch begleitende Förderinstrumente für KMU muss sichergestellt werden, dass diese Investitionskosten stemmen können.

Der kluge Einsatz von grünem Wasserstoff ist ein Baustein für eine vollständige Abkehr von fossilen Energieträgern. Allerdings ist die direkte Nutzung von Strom an vielen Stellen ökonomisch und ökologisch sinnvoller, als der energieverlustreiche Umweg über Wasserstoff. Dort, wo es praktikable Wege gibt, müssen elektrifizierende Lösungen Vorrang haben. Der Einsatz von Wasserstoff sollte sinnvoll priorisiert werden. Die Nutzung von Wasserstoff als flexibler Energiespeicher und Grundpfeiler der klimaneutralen Industrie sollte Vorrang haben.

4. Land- und Ernährungswirtschaft für die Zukunft aufstellen

Im Überblick

- Gestufter Abbau klimaschädlicher Subventionen und ansteigende Unterstützungsmaßnahmen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit
- Erhöhung der Fördermittel für den Ökolandbau
- Zielsetzung für den Bio-Anteil in öffentlichen Kantinen und Konzepte zur Förderung von Bio in der AHV
- Verankerung von Bio-Kenntnisse in Ausbildungs- und Hochschulinhalten
- Überarbeitung des Mehrwertsteuersystems und Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Steuerpolitik
- Einführung einer zweckgebundenen Abgabe auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel

Etwas mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist nicht nur für eine planetenfreundliche Ernährung relevant (planetary health diet), sondern auch für Artenvielfalt und den Klimaschutz zentral. Der gesellschaftliche Mehrwert einer ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft ist offenkundig: Sie bietet Klima- und Umweltschutz, sichere und gutbezahlte Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Gesundheit für Mensch, Tier und Umwelt. Es braucht eine verlässliche politische Flankierung, um die Transformation hin zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft weiter voranzutreiben.

Unsere Forderungen:

Es braucht eine zukunftsorientierte, nachhaltige Ausrichtung der Förderungs- und Subventionspolitik, die an die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Mehrwert für Mensch und Natur geknüpft ist. Dafür braucht es einen **gestuften Abbau klimaschädlicher Subventionen** und **parallel ansteigende Unterstützungsmaßnahmen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit** im Landwirtschaftsbetrieb.

Die Biostrategie hat die Zielsetzung aufgenommen, den ökologischen Landbau bis 2030 auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszudehnen. **Damit dieses Ziel erreicht wird, braucht es Maßnahmen wie die Erhöhung der (Forschungs-)Fördermittel für den Ökolandbau.**

Der Bio-Anteil in der Außer-Haus-Verpflegung (AHV) ist gering. Es braucht daher eine ambitionierte und verbindliche **Zielsetzung für den Bio-Anteil in öffentlichen Kantinen**. Zusätzlich müssen wirksame **Konzepte zur Förderung von Bio in der AHV** etabliert werden.

Bildung und Forschung für den Ökolandbau müssen gestärkt werden. Davon profitieren nicht nur ökologisch wirtschaftende Landwirt:innen, sondern auch konventionelle, die sich nachhaltiger aufstellen möchten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen **Bio-Kenntnisse in den Ausbildungs- und Hochschulinhalten von Ernährungswirtschaft, Gastronomie und Handel verankert werden.**

Die Marktbedingungen für nachhaltig produzierte Lebensmittel müssen verbessert werden. Aktuell benachteiligt die Steuerpolitik die nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft. So bestraft das Mehrwertsteuersystem den Konsum pflanzlicher Alternativen gegenüber tierischen Lebensmitteln (19 Prozent Steuer auf Hafer-, Sojadrink & Co. gegenüber 7 Prozent auf Kuhmilch) und verstärkt so den schon vorhandenen Preisabstand zu konventionellen Lebensmitteln. **Das Mehrwertsteuersystem muss überarbeitet werden. Mittelfristig müssen verstärkt Nachhaltigkeitsaspekte in der Steuerpolitik berücksichtigt werden.**

In der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche stellen Preise oft nicht die tatsächlichen Kosten des jeweiligen Produktes dar. Soziale und ökologische Folgekosten werden auf die Allgemeinheit umgewälzt. Daher fordert der Verband die **Einführung einer zweckgebundenen Abgabe auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel** zur Internalisierung externer Kosten. Darüber hinaus sollte mittelfristig die **Einführung einer „True-Cost“-Bilanzierung** forciert werden.

Zur Finanzierung von Tierwohl-Maßnahmen schlägt der Verband die Umsetzung einer **zusätzlichen Abgabe auf tierische Produkte (Tierwohlabgabe)** vor.

Klare Regeln für Produkte aus Neuer Gentechnik (NGT)

Im Überblick

- Wirksame Regulierung von gentechnischen Organismen
- Strenges EU-Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere
- Schutz vor illegalen Importen von nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen
- Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips
- Schaffung der Möglichkeit nationaler Anbauverbote für in der EU zugelassene Gentechnik-Pflanzen
- Verbindliche Kennzeichnungspflicht für gentechnisch behandelte Produkte

Eine vielfältige Landwirtschaft, die auch alte oder ökologisch-gezüchtete und samenfeste Sorten einbezieht, ist unerlässlich für den Erhalt und Schutz der Biodiversität in der Landwirtschaft. Anbau und Vertrieb von Produkten ohne Gentechnik muss gewährleistet bleiben. Das erfordert eine konsequente Regulierung und deren Umsetzung – schon heute leiden landwirtschaftliche Betriebe und Imker:innen, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, darunter, dass die Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht lückenlos ausgeschlossen wird. Aber nicht nur diese sind betroffen, sondern natürlich auch Verarbeitungsbetriebe der Lebens- und Futtermittelwirtschaft. Der BNW lehnt die Aufweichung des EU-Gentechnikrechts und die Verbreitung gentechnisch veränderter Organismen oder Produkte aus diesen ab.

Unsere Forderungen:

Um auf Dauer eine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ohne Gentechnik aufrechterhalten zu können, bedarf es **EU-weiter verbindlicher Maßnahmen**. Diese müssen vor einer möglichen Kontamination durch gentechnisch veränderte Produkte schützen.

Dazu zählt die Beibehaltung einer **wirksamen Regulierung von gentechnischen Organismen, die auch neue Gentechnikverfahren erfassen muss**.

Der Verband fordert ein **strenges EU-Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere**, sowie den **Schutz vor illegalen Importen von nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen** und die **(Weiter-)Entwicklung geeigneter Nachweisverfahren**.

Eine **konsequente Anwendung des Verursacherprinzips** ist notwendig: Diejenigen, die Gentechnik nutzen möchten, sollen für die Kosten aufkommen, um Gentechnikfreiheit zu garantieren und das Koexistenzgebot aufrecht zu erhalten.

Die **Möglichkeit nationaler Anbauverbote für in der EU zugelassene Gentechnik-Pflanzen** ist, aus Gründen des vorsorgenden Gesundheits-, Umwelt- und Naturschutzes sowie aus sozio-ökonomischen und ethischen Erwägungen, notwendig.

Verbraucher:innen sollen selbst entscheiden können, ob sie NGT-Produkte konsumieren wollen. Das ist nur möglich, wenn Produkte klar gekennzeichnet sind. **Es braucht deshalb rechtlich verbindliche Kennzeichnungspflichten für gentechnisch behandelte Produkte aller Kategorien**.

5. Rahmen für emissionsfreie Mobilität schaffen

Im Überblick

- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
- Förderung des klimaneutralen Individualverkehrs
- Ausbau der Infrastruktur für emissionsfreie Transportmittel
- Deutlicher Ausbau der Bahninfrastruktur und Anreize für den Gütertransport auf der Schiene
- Flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Förderung der Nutzung geteilter Fahrten und Fahrzeuge
- Intermodalisierung der Verkehrsträger
- Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei Auto-Neuzulassungen
- Tempolimit auf Autobahnen
- Rechtliche Gleichsetzung und steuerliche Begünstigung von Mobilitätsbudgets

Der Verkehrssektor ist in Deutschland einer der größten Emittenten von Treibhausgasen und stellt eine erhebliche Hürde auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität bis 2045 dar. Um die nationalen und internationalen Ziele zu erreichen, sind umfassende Maßnahmen erforderlich, die sowohl den öffentlichen als auch den individuellen Verkehr betreffen.

Unsere Forderungen:

Ein Kernpunkt ist der massive und klimaschonende **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**. Dies umfasst nicht nur die Erweiterung des Streckennetzes, sondern auch die Verbesserung der Taktung und die Einführung umweltfreundlicher Fahrzeuge. Parallel dazu muss die **finanzielle Förderung des klimaneutralen Individualverkehrs** vorangetrieben werden, etwa durch Zuschüsse beim Kauf von Fahr- und Lastenrädern, E-Bikes und emissionsfreien Fahrzeugen. Ebenso wichtig ist der massive **Ausbau der Infrastruktur für emissionsfreie Transportmittel** wie Fahrräder, einschließlich sicherer Radwege und Abstellmöglichkeiten.

Die Bahninfrastruktur muss deutlich ausgebaut werden, wobei der ländliche Raum besondere Berücksichtigung benötigt. Dies verbessert nicht nur die Mobilität außerhalb urbaner Zentren, sondern schafft auch eine attraktive Alternative zum Individualverkehr. Gleichzeitig müssen **Anreize für den Gütertransport auf der Schiene** geschaffen werden, um den Straßenverkehr zu entlasten und Emissionen zu reduzieren.

Um den Umstieg auf Elektromobilität, neben finanziellen Anreizen, zu erleichtern, ist ein **flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur** unerlässlich. Dabei müssen sowohl normale Ladestationen als auch Schnellladestationen berücksichtigt werden, um verschiedenen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Wir fordern den generellen Abbau klimaschädlicher Subventionen, wie unter anderem dem Dienstwagenprivileg. Auch Subventionen wie die Energiesteuerbefreiung für Kerosin, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge und die Förderung von Regionalflughäfen

führen dazu, dass Fliegen günstiger ist als es in Anbetracht seiner Auswirkungen auf das Klima sein sollte. Um Klimaziele erreichen zu können, müssen fossile Fehlanreize abgebaut werden. Gleiches gilt für die Energiesteuerbefreiung der Binnenschifffahrt, die Energiesteuerbegünstigung von Arbeitsmaschinen in Seehäfen und die Finanzierung von Kreuzfahrtschiffen über KfW-Ipex-Kredite im Schiffsverkehr.

Durch die **Förderung der Nutzung geteilter Fahrten und Fahrzeuge** durch steuerliche Vorteile und den Ausbau entsprechender Infrastruktur wird die effizientere Nutzung von Ressourcen vorangetrieben werden. Gleichzeitig wird dadurch der Verkehr auf Hauptverkehrswegen erheblich reduziert. Eine verstärkte Förderung der geteilten Mobilität hat außerdem auch wirtschaftliche Vorteile. Durch die höhere Auslastung von Fahrzeugen können die Betriebskosten pro Kilometer gesenkt werden, was zu einem effektiveren Ressourceneinsatz führt. Gleichzeitig schafft die geteilte Mobilität neue Geschäftschancen und Arbeitsplätze im Bereich der Mobilitätsdienstleistungen.

Die **Intermodalisierung der Verkehrsträger** muss vorangetrieben werden, um nahtlose Übergänge zwischen verschiedenen Transportmitteln zu ermöglichen und die Effizienz des Verkehrssystems insgesamt zu steigern.

Die **Einführung eines Bonos-Malus-Systems** bei Auto-Neuzulassungen fördert den Kauf emissionsarmer Fahrzeuge und verringert gleichzeitig den Absatz von Fahrzeugen mit hohem CO₂-Ausstoß. Zum einen würden die Hersteller von emissionsarmen Fahrzeugen durch das Bonus-System profitieren und ihre Marktanteile steigern. Zum anderen würden Hersteller von emissionsintensiven Fahrzeugen einen Anreiz bekommen, ihre Produkte emissionsärmer zu gestalten, um von den Vorteilen des Bonus-Systems profitieren zu können. Durch die Einführung eines Malus-Systems für emissionsintensive Fahrzeuge würden die Käufer solcher Fahrzeuge mit höheren Steuern belastet werden.

Eine kostenlose Maßnahme zur Reduzierung der Emissionen im Verkehrssektor ist ein **Tempolimit auf Autobahnen**. Ein Tempolimit von 120 km/h trägt dazu bei, den Verkehrsfluss zu stabilisieren, Reisezeiten zuverlässiger zu machen und mindestens 4,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einzusparen.

Mobilitätsbudgets in Unternehmen müssen steuerlich begünstigt und rechtlich gleichgestellt werden. So werden Unternehmen und ihre Mitarbeiter:innen dazu ermutigt und befähigt nachhaltige Mobilitätsoptionen zu wählen und zu kombinieren.

6. Globales Finanzsystem nachhaltig ausrichten

Im Überblick

- Einführung einer Finanztransaktionsteuer
- Unterstützung der EU-Taxonomie
- Effektive Banken- und Finanzaufsicht
- Aufnahme weiterer Dimensionen der Nachhaltigkeit bei Unternehmensbewertungen
- Verbot von Leerverkäufen von Derivaten auf Nahrungsmittel

Das globale Finanzsystem steht vor der Herausforderung, ökonomische Stabilität mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Gleichzeitig sehen wir, dass sich die Finanzwirtschaft immer weiter von der Realwirtschaft entfernt und abkoppelt. Die zunehmende Auslegung von Märkten zum Zweck der Profitmaximierung widerspricht einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Finanztransaktionen dürfen nicht länger Selbstzweck, der Handel mit Derivaten oder Währungen nicht länger Geschäftsmodell sein. Unsere Forderungen tragen dazu bei, ein Finanzsystem zu schaffen, das nicht nur ökonomisch stabil, sondern auch ökologisch und sozial verantwortlich ist. Durch die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in Finanzentscheidungen und -bewertungen kann das Finanzsystem zu einem Treiber für eine zukunftsfähige Wirtschaft werden.

Unsere Forderungen:

Eine zentrale Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, ist die **Einführung einer Finanztransaktionsteuer**. Diese trägt dazu bei, spekulative Finanzströme zu erfassen, zu verlangsamen und zu reduzieren. Damit wird die Volatilität der Märkte gedämpft. Gleichzeitig werden Einnahmen für nachhaltige staatliche Investitionen generiert.

Die **Unterstützung der EU-Taxonomie** mit allen darin enthaltenen Maßnahmen, einschließlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung, ist ein wichtiger Schritt zur Förderung nachhaltiger Investitionen. Die Klassifizierung hilft Investor:innen und Unternehmen, ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu identifizieren und zu fördern. Die Nachhaltigkeitsberichte helfen bei dieser Einschätzung und können darüber hinaus den Unternehmen dabei helfen, ihre Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen und effektiv zu verfolgen.

Eine **effektive Banken- und Finanzaufsicht**, mit weltweit kontrollierten Handelsplätzen, ist unerlässlich, um Risiken frühzeitig zu erkennen und systemische Krisen zu verhindern. Dies erfordert eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und einheitliche Regulierungsstandards.

Bei Unternehmensbewertungen durch unabhängige Ratingorganisationen müssen **neben rein ökonomischen Erfolgsfaktoren auch weitere Dimensionen der Nachhaltigkeit** berücksichtigt werden. Dazu gehören soziale Verantwortung und Naturverbrauch. Zudem ist mehr

Transparenz beim Ratingprozess erforderlich, um das Vertrauen in diese Bewertungen zu stärken.

Um die Stabilität der Lebensmittelmärkte zu gewährleisten, extreme Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln zu reduzieren und so die globale Ernährungssicherheit zu stärken, fordern wir ein **Verbot von Leerverkäufen von Derivaten auf Nahrungsmittel**.

7. Arbeitsmarkt zukunftsfähig gestalten

Im Überblick

- Stärkung des Engagements in der Bildung für nachhaltige Entwicklung und Integration von Nachhaltigkeitsthemen in Lehrplänen
- Spezifische Förderprogramme und eine Anpassung der Anerkennungsverfahren für die nachhaltige Integration von Geflüchteten und Migrant:innen in den Arbeitsmarkt
- Erleichterung der Weiterarbeit nach Renteneintritt
- Förderung der beruflichen Weiterbildung
- Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen und Unterstützung für Berufsrückkehrer:innen
- Attraktive Gestaltung der Übergänge von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

Der deutsche und europäische Arbeitsmarkt steht vor immensen Herausforderungen: der Fachkräftemangel wird sich aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärfen. Zentrale Transformationsprozesse (u.a. Digitalisierung, Nachhaltige Ausrichtung) erfordern neue Fähig- und Fertigkeiten. Der Strukturwandel und die Anforderungen an gute Arbeit verändern die Arbeitswelt massiv. Unsere Forderungen zielen darauf ab, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der flexibel auf zukünftige Herausforderungen reagieren kann, Chancengleichheit fördert und nachhaltige Wirtschaftsformen unterstützt.

Unsere Forderungen:

Qualitativ hochwertige Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von der sozialen Stellung und dem Einkommen der Eltern, sind die Basis für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt. Dabei muss das **Engagement in der Bildung für nachhaltige Entwicklung verstärkt** werden, um das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu schärfen. Dies beinhaltet die **Integration von Nachhaltigkeitsthemen in Lehrplänen** und die Modernisierung der beruflichen Ausbildung.

Die **gezielte und nachhaltige Integration von Geflüchteten und Migrant:innen** in den Arbeitsmarkt ist sowohl eine gesellschaftliche Notwendigkeit als auch eine wirtschaftliche Chance. Hierfür sind **spezifische Förderprogramme und eine Anpassung der Anerkennungsverfahren** für ausländische Abschlüsse erforderlich.

Auch die **Erleichterung der Weiterarbeit nach Renteneintritt** trägt dazu bei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer:innen zu nutzen. Damit einher geht auch die **Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Motto „Lebenslanges Lernen“**.

Deutschland steht vor dem Problem, dass die schon vorhandenen Arbeitskräftepotenziale nicht genügend genutzt werden. Um dieses Problem zu lösen, sind die **Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen**, weitere **Unterstützung für Berufsrückkehrer:innen und ältere Arbeitnehmer:innen** sowie die Verbesserung **der Rahmenbedingungen für Frauen im Beruf**

wichtige Ansatzpunkte. Zusätzlich könnten Programme zur **beruflichen Weiterbildung und Mentoring-Initiativen** eingeführt werden, um die Integration und Karriereentwicklung dieser Zielgruppen zu fördern.

Auch das Arbeitskräftepotenzial von (Langzeit-)Arbeitslosen wird nicht genügend genutzt, obwohl es Maßnahmen gibt diese niedrigschwellig in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Dazu gehört zum Beispiel die **attraktivere Gestaltung der Übergänge von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse**. Dies reduziert prekäre Arbeitsverhältnisse und erhöht die soziale Versicherung.

Unternehmensstrukturen zukunftssicher ausrichten

Im Überblick

- Vereinfachung bürokratischer Prozesse und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für Gründungen und Start-Ups
- Digitale Datenbank zur Suche nach Förderprogrammen
- Förderung von Diversität in Start-Ups
- Einführung einer neuen Rechtsform „mit gebundenem Vermögen“

In einer sich stetig wandelnden Wirtschaft ist die Förderung von Gründungen und Start-Ups ein zentraler Baustein für Innovation und Wachstum. Junge Unternehmen bringen frische Ideen und neue Technologien hervor, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit stärken, sondern auch gesellschaftliche Herausforderungen adressieren können. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, bedarf es gezielter Maßnahmen, die den Weg für Gründer:innen ebnen und ihnen den Zugang zu notwendigen Ressourcen erleichtern.

Ein wichtiger Hebel ist dabei die Förderung von Gründungen und Start-Ups. Hierzu gehört die **Vereinfachung bürokratischer Prozesse und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten**. Vor allem eine **übersichtliche, durchsuchbare digitale Datenbank** erleichtert es Gründer:innen, sich einen Überblick über Förderprogramme zu verschaffen. Durch Informationsangebote sollte es ermöglicht werden, dass Start-Up-Förderung zukünftig keine Frage von Glück oder Zufall ist, sondern Gründer:innen schnell und unkompliziert zugänglich gemacht wird.

Besonderes Augenmerk sollte auf die Förderung von Diversität in der Start-Up-Szene gelegt werden. Mit **gezielten Angeboten für unterrepräsentierte Gruppen** wie Menschen mit Migrationshintergrund, BIPOC, Frauen, die LGBTQ+-Community und Menschen mit Behinderungen.

Als BNW unterstützen **wir eine neue Rechtsform „mit gebundenem Vermögen“**– für Start-Ups, Mittelstand und gerade für die Nachfolgevereinfachung. Zentral ist hierbei für uns die echte Vermögensbindung.



BNW

Bundesverband
Nachhaltige
Wirtschaft e.V.

GEMEINSAM

WIRTSCHAFT

TRANSFORMIEREN.

JETZT.

Als starke Stimme der nachhaltigen Wirtschaft
setzen wir uns für die ökologische und soziale
Transformation ein. **Gemeinsam #WERTschaften!**



JETZT MITGLIED WERDEN!

BNW // Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Unterbaumstr. 4 // 10117 Berlin

Telefon +49-30-32 59 96 83 // info@bnw-bundesverband.de

www.bnw-bundesverband.de